

# Nur ein neues Windrad in diesem Jahr

Kommunale Energieversorger fordern mehr Einsatz beim Ausbau erneuerbarer Energien in Hessen

Gerade mal ein Windrad ist in Hessen bislang 2019 neu in Betrieb gegangen. Damit die Klimaziele erreichbar bleiben, macht der Verband kommunaler Unternehmen nun Druck.

**Wiesbaden.** Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in Hessen hat von der Landesregierung in einem Positionspapier deutlich mehr Einsatz beim Ausbau der Windenergie gefordert. „Die Landesregierung muss jetzt aktiv werden und die Rahmenbedingungen verbessern“, sagte der Vorsitzende der hessischen VKU-Landesgruppe, Ralf Schodlok. Nur so könne Hessen seine Klimaziele erreichen und bis 2050 klimaneutral werden.

In dem Papier, das an diesem Freitag veröffentlicht werden soll, fordern die kommunalen Energieversorger unter anderem ein Monitoring für Ausbauflächen, eine veränderte Vergabepaxis und kürzere Genehmigungsverfahren.

Der Ausbau der Windenergie in Hessen und in Deutschland insgesamt ist in diesem Jahr fast zum Erliegen gekommen. Bis Ende Juli wurde in Hessen nur eine Anlage neu in Betrieb genommen, wie aus dem Marktstammdatenregister hervorgeht. Im vergangenen Jahr waren es laut Wirtschaftsministerium 76 Anlagen, davor 103. Um den Ausbau der Windenergie im

Land zu beschleunigen, fordert der Verband die Einführung eines Flächen-Monitorings. „Es muss allen Beteiligten klar sein, auf welchen Flächen tatsächlich Windenergieanlagen gebaut werden können. Pläne, die nichts mit der Realität zu tun haben, bringen uns nicht weiter“, sagte Schodlok.

Nach VKU-Einschätzung reicht der Plan, zwei Prozent der Landesfläche vorrangig für den Ausbau der Windkraft zur Verfügung zu stellen, nicht zum Erreichen der hessischen Energieziele aus. Zu oft sei der Bau von Windkraftanlagen auf diesen Vorrangflächen wegen anderer Ansprüche oder naturschutzrechtlicher Beschränkungen nicht möglich. Mit dem Monitoring könnte das Land ermitteln, welche Flächen tatsächlich zur Verfügung stünden, und wenn nötig nachsteuern.

## Verband: Genehmigung dauert zu lange

Auch bei der Verteilung landeseigener Ausbauflächen soll die Landesregierung nach Ansicht des VKU nachbessern, um so die Akzeptanz für Windenergie zu gewähren. „Wir schlagen vor, bei der Vergabe einen Konzeptwettbewerb zu initiieren“, sagte Schodlok.

Nicht die Höhe des Pachtangebots soll dabei maßgeblich sein, sondern eher weichere Standortfaktoren, wie Bürgerbeteiligung und regionale Wertschöpfung. Die bisherige Ver-



Ein Windrad steht bei Beuerbach im Taunus auf einer Anhöhe. Im Hintergrund ist der Feldberg zu erkennen. Foto: Boris Roessler

gabepaxis des Landesbetriebs Hessenforst bevorzuge laut VKU private Bewerber. Bürger-

energiegesellschaften, in denen sich kommunale Energieversorger beteiligen, hätten das Nachsehen, weil sie nicht in gleicher Weise wettbewerbsfähige Gebote abgeben könnten.

In der hessischen Landesgruppe des Verbandes sind 150 kommunale Unternehmen mit mehr als 23 000 Beschäftigten organisiert. Die Mitgliedsunternehmen erwirtschafteten zuletzt einen Umsatz von mehr als 14 Milliarden Euro. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist nach VKU-Angaben mittlerweile eines der Haupttätigkeitsfelder für viele Stadtwerke und kommunale Energieversorger.

Auch an den Genehmigungsverfahren selbst soll die Landesregierung nach Willen des Verbandes Hand anlegen. „Es kann nicht sein, dass sich Verfahren über Jahre hinziehen. Dafür brauchen wir mehr Fachpersonal für die zuständigen Stellen und klare Regeln für den Arten- und Denkmalschutz“, sagte Schodlok.

## Al-Wazir: Bund fährt den Karren an die Wand

Das Wirtschaftsministerium prüft die VKU-Vorschläge. Eine Bewertung will das Haus aber vorerst nicht abgeben. Grundsätzlich sei jede Initiative mit dem Ziel, den Ausbau der erneuerbaren Energien in Hessen voranzubringen, willkommen, teilte ein Sprecher in Wiesbaden mit. Zudem habe in den vergangenen Jahren in Hessen bereits ein deutlicher Ausbau der Windenergie stattgefunden. Die installierte Leistung hat sich nach Ministeriumsangaben zwischen 2014 und 2018 nahezu verdoppelt auf 2 163 Megawatt.

Für den aktuellen Einbruch des Windenergieausbaus sieht das Land den Bund in der Verantwortung. Er entscheide über die Förder- und Ausschreibebedingungen. „Die Bundesregierung droht gerade den Karren an die Wand zu fahren“, erklärte Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne). Es sei nicht erkennbar, wie der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien wieder zum Laufen gebracht werden soll.

Anpassungen auf Bundesebene reichen nach Ansicht von VKU-Landesgruppenchef Schodlok aber nicht aus. Hessische Projekte müssten im bundesweiten Wettbewerb um Ausschreibungen eine realistische Chance haben. „Dafür muss die Landesregierung sicherstellen, dass tatsächlich bebaubare Flächen zur Verfügung stehen, dass Genehmigungsprozesse vorankommen und dass der Windenergieausbau bei der Bevölkerung Unterstützung findet.“

## HINTERGRUND

Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 die Strom- und Wärmezeugung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Bis Ende 2018 sollte ihr Anteil beim Strom auf 25 Prozent ausgebaut werden. Ob diese Marke erreicht wurde, ist nach Angaben des Wirtschaftsministeriums noch nicht klar. Bislang

liegen nur die Daten für das erste Halbjahr 2018 vor – da betrug der Anteil 22,5 Prozent. Um die Klimaziele zu erreichen, spielt die Windkraft als Hauptträger eine wichtige Rolle.

Zu Beginn dieses Jahres drehten sich in Hessen 1 091 Windenergieanlagen, wie aus der Antwort des Umweltministeriums auf eine Kleine Anfrage

der FDP-Fraktion hervorgeht. Außerdem waren 34 Anlagen zugelassen und standen vor der Inbetriebnahme. Weitere 249 Anlagen befanden sich im Genehmigungsverfahren. Um das anvisierte Ziel von 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen zu erreichen, sind nach Schätzungen insgesamt 2 100 bis 2 500 Anlagen nötig.